



Thalmassing.

16. Juli 2011

Referat des stellv. Juso-Landesvorsitzenden Thomas Asböck bei der SPD-Kreisdelegiertenkonferenz Regensburg-Land

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende,

ich freue mich sehr, heute bei eurer SPD-Kreisdelegiertenkonferenz im Landkreis Regensburg sein zu dürfen. Ich bin ja sehr oft in Regensburg selber bei diversen Veranstaltungen von den Jusos. Mit den Regensburger Jusos verbinden mich auch viele Freundschaften. Aber die Ehre, bei einer SPD-Kreiskonferenz außerhalb Niederbayerns sprechen zu dürfen, hatte ich bisher nicht. Deswegen hat mich eure Einladung zugegeben schon überrascht, ich habe aber sehr gerne zugesagt, weil ich immer sehr gerne dabei bin, wenn die Partei engagiert diskutiert und sozialdemokratische Perspektiven für die Gegenwart und für die Zukunft formuliert.

„Sozialdemokratische Perspektiven für gute Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit“ ist laut Einladung auch mein Thema für heute und es ist durchaus der richtige Zeitpunkt, diese Perspektiven zu formulieren und auch unter die Menschen zu bringen, denn: die Uhr für Schwarz-Gelb läuft unaufhaltsam ab. In 2 Jahren wird im Bund und in Bayern neu gewählt. 2013 werden wir Sozialdemokraten zusammen mit den Grünen wieder die Bundesregierung übernehmen und nach 4 qualvollen Jahren, in denen das Siechtum der schwarz-gelben Regierung unser Land gelähmt hat, endlich die überfälligen Maßnahmen anpacken, die diese Land wieder ein Stück moderner und vor allem aber gerechter machen. Ja, und in Bayern hat die SPD noch eine ganze Menge zu tun, um aus ihrem tiefen Tal herauszukommen, aber die letzten Landtagswahlen haben doch eine ganze Menge schwarzer oder schwarz-gelber Regierungen hinweggefegt, zuletzt im März in Baden-Württemberg.

Das zeigt also: Nichts ist unmöglich und Genossinnen und Genossen, genau davor hat die CSU panische Angst. Die CDU in Baden-Württemberg war länger in der Regierung als die CSU in Bayern und obwohl auch das Wahlrecht in BW der Staatspartei genau wie hier in Bayern strukturell eher Vorteile beschert, konnten sie den Machtverlust nicht aufhalten. Ich möchte gar nicht wissen, wie in der Münchner CSU-Zentrale das Wahlergebnis vom 24. März eingeschlagen haben muss, aber die reflexartigen Beiß-Rituale von Seehofer und Dobrindt nach der Wahl, wo sie der zu erwartenden sozialistischen Chaosregierung in Stuttgart gleich den Kampf ansagen wollten, haben verdeutlicht, wie verzweifelt die CSU sein muss.

Aber das war vor 3 Monaten, heute ist vieles anders: Acht Atomkraftwerke sind plötzlich weg, die CSU hat eine 180°-Wende vollzogen, weil ihnen die Knie schlotterten, vor einem möglichen eigenen Machtverlust. Gegen den Länderfinanzausgleich wollen sie plötzlich auch nicht mehr klagen, stattdessen werden Steuersenkungen für 2013 in Aussicht gestellt und auf einmal stehen sogar in Bayern Studiengebühren zur Disposition. Die Christsozialen haben plötzlich Angst, zeigen sich demütig und tun alles, um den Wählern zu gefallen. Genossinnen und Genossen, das hat schon alles den Charakter einer Endzeitstimmung, was die CSU da grade treibt.

Die bayerische SPD muss diese Endzeitstimmung bei den Schwarzen jetzt ausnutzen. Ich hoffe, dass Landesverband und Landtagsfraktion jetzt daran gehen, die politische Wende in Bayern vorzubereiten. Der Atomausstieg ist schon geschafft, die Debatte um Studiengebühren läuft jetzt auch in Bayern, da wünsche ich mir eigentlich nur noch, dass die SPD hergeht und sagt: da wo die CSU 2013 aufhören wird, da machen wir gerne weiter: wir schaffen Bildungsgerechtigkeit in dem wir mehr Lehrer einstellen und unsere Schulen schrittweise zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln, wir schaffen Studiengebühren ab und ermöglichen kostenlose Kinderbetreuung, damit in Zukunft gilt: Bildung als wichtigstes Fundament einer erfolgreichen Wissensgesellschaft ist in Bayern durchgängig kostenlos.

Wir investieren in Infrastruktur und neue Technologien, legen ein gut durchdachtes Raumentwicklungskonzept vor, damit nicht wie bisher nur die großen Zentren profitieren, sondern sich



alle Regionen Bayerns wirtschaftlich erfolgreich entwickeln. Für uns bedeutet Energiewende nicht nur weg vom Atomstrom, sondern hin zu einer dezentralen, regionalen Energieerzeugung aus regenerativen Energien, damit nicht mehr die großen Konzerne Milliardengewinne einstreichen, sondern viele kleine kommunale Einheiten sich selbst versorgen. Der verstorbene Hermann Scheer war ein großer Vordenker in diese Richtung. Das wäre doch ein hochspannendes, herausforderndes sozialdemokratisches Projekt: die Macht der Energiekonzerne brechen und stattdessen durch regionale Energiekonzepte die Kaufkraft in der Region halten und damit den Wohlstand vor Ort erhöhen!

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man da ein wenig Leidenschaft hineinsteckt, kann man richtig ins Schwärmen kommen, bei dem Gedanken, was alles möglich wäre, wenn eine neue Landesregierung den Mut hat, alte Zöpfe abzuschneiden und neues anzupacken. Ich wünsche mir für die BayernSPD, dass wir eine solche zukunftsgerichtete Begeisterung entwickeln, dass wir aufhören mit dieser alten Hau-Drauf-Rhetorik, die nur den politischen Gegner madig macht und seine Versäumnisse anprangert. Wir brauchen doch nicht in den Wunden der anderen bohren, sagen wir doch lieber den Leuten, was unser eigener Weg ist und warum es eine verdammt kluge Entscheidung ist, bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie zu wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich halte es für angezeigt, dass die SPD ihr Markenzeichen wieder sehr viel stärker aufpoliert: nämlich für einen sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft zu sorgen. Im Regierungsalltag in der Großen Koalition hatte die SPD alle Hände voll zu tun, um Deutschland einigermaßen sicher durch die Finanzkrise zu bringen: Bankenrettungen standen auf der Tagesordnung, Konjunkturprogramme mussten aufgelegt werden, außenpolitisch mussten Bundeswehreinmärsche organisiert werden, wie z.B. in Afghanistan. Über all dem haben wir wohl etwas übersehen, dass die Schiefelage in unserer Gesellschaft immer größer wird.

Wenn man sich bestimmte Kennzahlen und Trends genauer anschaut, stellt man fest, dass die Gesellschaft immer stärker in zwei Teile zerfällt: es gibt immer mehr Einkommensmillionäre und es gibt immer mehr arme Menschen. Beide Extreme wachsen an. Das, was man früher „wohlhabende Mittelschicht“ nannte, existiert in dieser Form nicht mehr. Viele aus dieser Mittelschicht, die den Aufstieg nach ganz oben nicht geschafft haben, sind ebenfalls ein ganzes Stück nach unten abgerutscht. Diese Tendenz ist in Deutschland schon seit langem zu beobachten, aber in den letzten Jahren hat sich das massiv beschleunigt. Warum genau, dafür gibt es 1000 Gründe, eine detaillierte Ursachenanalyse würde hier den Rahmen komplett sprengen und gehört auch hier jetzt nicht her.

Aber ganz erheblichen Einfluss auf diese negative Entwicklung hat sicher gehabt, dass es in den vergangenen Jahren massive Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Arbeitswelt gegeben hat. Es gibt immer mehr unregelmäßige Erwerbsbiografien: viele junge Menschen finden nach dem Studium oder nach der Ausbildung keine Festanstellung sondern arbeiten entweder in sog. Werkverträgen, oder in mehreren aufeinanderfolgenden Praktikas, teilweise sogar ohne nennenswerte Bezahlung. Viele Unternehmen erteilen nur noch befristete Arbeitsverträge und reißen eine Befristung an die andere. Der Kündigungsschutz wurde oftmals gelockert.

Der Niedriglohnsektor ist dramatisch gewachsen – von rund 39 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten über ein Fünftel zu Bruttolöhnen unterhalb der Niedriglohngrenze von rund 9 Euro die Stunde. Das sind 7 ½ Millionen Arbeitnehmer! Und von diesen 7 ½ Millionen verdienen nur ein paar Hunderttausend am oberen Ende der Niedriglohnskala, ca. die Hälfte davon – also etwa 3,5 Millionen Menschen – verdienen sogar nochmal dramatisch schlechter bei Löhnen von weniger als 7 Euro die Stunde. Die Leiharbeit boomt und hat bald eine Million Beschäftigte. Viele Langzeitarbeitslose sind längst auf dem Abstellgleis gelandet, weil ihnen Qualifikationen und Erfahrungen fehlen.

Seit 2005 hat Deutschland eine Million sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse verloren, viele davon wurden in mehrere Mini- und Midijobs aufgesplittet. Das führt zu der Situation, dass viele Minijobber, nicht nur einen solchen, sondern gleich mehrere haben. Sie hetzen also von Job zu Job, arbeiten 40 Stunden die Woche oder mehr und können im Endeffekt von dem, was übrig



bleibt, trotzdem nicht vernünftig leben. In Amerika kennt man dieses Phänomen schon lange, man spricht dort von den „Working Poor“. Übersetzt würde das bedeuten: „Arm trotz Arbeit“.

Und auf der anderen Seite? Finanzkrise war gestern! Nach Vermögenseinbrüchen 2009 sind die Gewinn- und Vermögenseinkünfte in Deutschland im letzten Jahr schon wieder um 75 Mrd. Euro gestiegen (die Arbeitnehmerentgelte stiegen 2010 nur um 32 Mrd. Euro). Fast fünf Billionen Euro privates Geldvermögen befinden sich in den Händen der Deutschen. Mit dem Geld könnte man auf einen Schlag die kompletten Staatsschulden des Bundes, der Länder und der Kommunen tilgen und hätte dann immer noch 3 Billionen Euro übrig. Das kann sich eigentlich gar keiner vorstellen.

Das hört sich jetzt eigentlich ganz schön an: Die Deutschen haben ein Geldvermögen von 5 Billionen Euro. Aber richtigerweise müsste man sagen: „Manche Deutsche“, denn das einkommensstärkste Zehntel unserer Gesellschaft, also etwa 8 Millionen Menschen, halten 60% des gesamten privaten Reichtums in ihren Händen! Könnt ihr euch vorstellen, dass sich 3 Billionen Euro auf nur 8 Millionen Menschen verteilen?! Umgekehrt heißt das natürlich, dass die einkommensschwächsten beiden Zehntel, also 16 Millionen Menschen gar keinen Anteil an diesem Geldvermögen mehr haben, sondern im Gegenteil sogar verschuldet sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es geht hier wirklich nicht um Neiddebatten, aber diese Auswüchse kennen ja gar kein Ende mehr. Die Teilung unserer Gesellschaft in Arm und Reich schreitet bis zum Exzess voran. Da kann und darf die Sozialdemokratie nicht weiter zuschauen. Ihre Aufgabe ist es, eine neue Klammer zu schmieden, die dieses Auseinanderdriften wieder umgekehrt und die Gesellschaft zusammen hält. Die Frage von Verteilungsgerechtigkeit stellt sich für uns Sozialdemokraten dringlicher denn je. Politische Wettbewerber halten uns da schnell mal vor, es sei typisch für die SPD, immer gleich den Klassenkampf auszupacken und die sozialistische Umverteilungsmaschinerie anzuwerfen. All denen möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Jawoll, selbstverständlich muss die SPD darauf achten, dass solche Verwerfungen ausgeglichen werden. Von selber, also wenn man dem freien Spiel der Kräfte auf den Märkten keine regulatorischen Leitplanken gibt, funktioniert das ja offensichtlich nicht. Es ist keine Schande, die Verteilungsfrage zu stellen. Im Gegenteil: es ist die ureigenste Kernaufgabe der Sozialdemokratie, es muss ihr emanzipatorischer Anspruch sein, dass vom gemeinschaftlich erwirtschafteten Wohlstand nicht nur einige Wenige profitieren, sondern dass für alle ein gerechter Anteil übrigbleibt. Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Finanzkrise schnell erholt. 2010 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 3,6%, auch für 2011 prognostizieren Institute einen Anstieg um gut 3,5-4,0%. Das Volkseinkommen ist um 107 Mrd. Euro gewachsen. Das bedeutet doch, wir haben einen Wohlstandszuwachs um 107 Mrd. Euro erzielt, der allerdings zu 70% auf der Gewinn- und Vermögensseite landete und nur zu 30% auf der Arbeitnehmerseite.

Es kann sein, dass viele Manager und FDP-Politiker dazu jetzt sagen: „Na und, wo ist da das Problem?“, aber Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie darf diese Ungleichverteilung NIEMALS akzeptieren und sich damit abfinden. Und nicht nur 2010 war ein so extremes Jahr, allein im letzten Jahrzehnt von 2000 bis 2007 ist die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen von 72% auf 64% gesunken (momentan liegt sie wieder leicht darüber bei 66%). Wirtschaftswissenschaftler haben errechnet, wenn man theoretisch unterstellt, die Lohnquote wäre nicht gesunken, sondern wäre auf dem Niveau von 2000 geblieben – die Verteilung des Volkseinkommens hätte sich also nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer entwickelt – dann hätten die Arbeitnehmer von 2000 bis 2009 aufsummiert 700 Mrd. Euro (!) mehr Arbeitnehmerentgelte erhalten!

Das ist der Wahnsinn, wenn man sich vorstellt, dass die Arbeitnehmer jedes Jahr im Schnitt 70 Mrd. Euro verloren haben. Wie kam es dazu? Auf der einen Seite wurden Unternehmens- und Kapitaleinkünfte steuerlich massiv entlastet (denkt nur an die Absenkung der Körperschaftsteuer oder die Einführung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge). Auf der anderen Seite ist wie ich vorher schon erwähnt habe, die ganze Ordnung auf dem Arbeitsmarkt aus den Fugen geraten, es gibt immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Niedrig- und Niedrigstlöhnen. Das erklärt, warum plötzlich der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkünfte am gesamten Kuchen stark gewachsen und der Anteil der Arbeitnehmerentgelte stark gesunken ist.



Das zentrale Argument für mich jedenfalls ist: Diese Entwicklung ist kein gottgegebenes Naturgesetz, es ist nicht in Stein gemeißelt, dass das zwangsläufig so sein muss, sondern da kann und muss die Politik dagegen steuern. Und das ist die vornehmlichste Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Ansonsten wäre sie überflüssig!

Und über noch eines müssen wir uns klar werden: die verteilungspolitische Schieflage in unserem Land wieder gerade zu rücken, ist der zentrale Schlüssel für ganz viele Finanzierungengpässe im sozialen Bereich. Stellt euch bitte mal vor, wieviel mehr Kaufkraft die Arbeitnehmer hätten und wieviele Milliarden mehr in den Sozialversicherungen landen hätten können, wenn wie gesagt, die Arbeitnehmer in 10 Jahren nicht die 700 Mrd. Euro verloren hätten!

Und deshalb brauchen wir wieder eine Vermögenssteuer. Der Bundesparteitag der SPD hat 2009 auf Initiative der Jusos ihre Wiedereinführung beschlossen. Es hält sich in der Öffentlichkeit ja hartnäckig das Gerücht, das Verfassungsgericht hätte die Vermögenssteuer 1996 für verfassungswidrig erklärt. Das stimmt aber nicht. Es hat die damals geltenden Regelungen zur Bewertung des Immobilienvermögens für verfassungswidrig erklärt und die Kohl-Regierung hat daraufhin gleich die Vermögenssteuer komplett ausgesetzt, anstatt die beanstandeten Regelungen zu ändern. Eine Vermögenssteuer gibt es in vielen europäischen Ländern, selbst in den USA, das Land das ja immer im Verdacht einer besonders schonenden Vermögensbesteuerung steht, gibt es eine Vermögenssteuer. Aber wir in Deutschland leisten uns den Luxus, sie nicht zu erheben, ich halte das für skandalös! Und das ist kein Pappenstiel, was dem Staat da durch die Lappen geht: Schon bei einem niedrigen Steuersatz von 1,5 bis 2% und Freibeträgen von 250.000 bis 500.000 Euro spült die Vermögenssteuer jährlich rund 20 Milliarden Euro in die Länderhaushalte.

Wir Jusos fordern zudem seit langem schon die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer, die in Deutschland ebenfalls 1995 ausgesetzt wurde. Die Kohl-Regierung glaubte damals in ihrer grenzenlosen Naivität, man könnte dadurch vor allem viel europäisches Kapital an den Finanzplatz Frankfurt locken. Vor allem den Finanzplatz London hatte man damals im Visier, denn in Großbritannien – das wissen die Wenigsten – ist eine Börsenumsatzsteuer zu zahlen! Aber wie sich herausgestellt hat, das Wohl und Wehe des internationalen Finanzplatzes London hängt nicht von der Existenz einer Börsenumsatzsteuer ab, im Gegenteil: London ist heute immer noch der bedeutendste Finanzplatz Europas und Frankfurt hat es bei weitem nicht geschafft, ihm den Rang abzulaufen.

Gerade als eine der großen Lehren, die aus der Finanzkrise zu ziehen sind, gehört die Börsenumsatzsteuer wieder eingeführt. Es ist ja keinem logisch denkenden Menschen vermittelbar, wieso jeder von uns, der in einem Geschäft irgendetwas kauft, auf jeden Artikel und auf jede Dienstleistung eine Umsatzsteuer von 19 oder 7% bezahlen muss, und jeder Umsatz, der an der Börse durch Ankauf bzw. Verkauf von Wertpapieren und Devisen erzeugt wird, steuerfrei ist! Ein schöner Nebeneffekt wäre dabei sogar, dass vor allem hochschädliche Spekulationen auf den Finanzmärkten dadurch unattraktiver werden. Es ist ja schon ein wenig pervers, dass man an den Finanzmärkten auf den finanziellen Bankrott von Ländern wie Griechenland, Italien oder Portugal wetten kann und man im „Erfolgsfalle“ damit auch noch Gewinne erzielt. An den Finanzmärkten dieser Welt ist jede Ethik und Moral verloren gegangen. Und die Politik schaut dabei zu. Es ist höchste Zeit, dass eine sozialdemokratische Bundesregierung ab 2013 eine europaweite Börsenumsatzsteuer vorantreibt und notfalls national einführt!

Wir müssen uns zum Ziel setzen, Kapitalerträge wieder gerecht zu versteuern. Wer Kapitalerträge von 50.000 Euro aufwärts erzielt, der soll dafür genauso seinen Steuersatz von 40% zahlen müssen, wie ein gutverdienender Arbeitnehmer mit dem selben Einkommen ihn auch zahlen muss. Die Abgeltungssteuer, die Kapitalerträge nur noch mit 25% besteuert, muss wieder abgeschafft werden!

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu den wirklichen Herkulesaufgaben für die SPD gehört, die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Ich habe die Situation auf dem Arbeitsmarkt eingangs schon geschildert. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wahlchancen der SPD 2013 ganz entscheidend damit zusammenhängen,



wie offen und ehrlich wir uns trauen, die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu thematisieren und wie stark es uns gelingt, die Menschen davon zu überzeugen, dass wir mit aller Entschlossenheit daran wollen, die Auswüchse zu beseitigen und wieder „Gute Arbeit“ zu schaffen.

Neben einem gesetzlichen Mindestlohn gibt es auch die Möglichkeit, über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Landesgesetze zur Tariftreue gesetzlich verankerte Lohnuntergrenzen einzuziehen, durch die niemand mehr rutschen kann. Mit Stundenlöhnen unter 8,50 oder 9 Euro muss Schluss sein, denn davon kann in Deutschland niemand mehr leben. Wohn-, Lebenshaltungs- und Energiekosten steigen immer weiter, aber die Arbeitnehmer sollen immer noch billiger arbeiten, um die Taschen der Konzernmanager und Aktionäre immer noch ein Stückchen besser zu füllen. Was da mit Millionen Geringverdienern geschieht, gleicht immer mehr einer räuberischen Ausbeutung!

Auch die Minijobs gehören abgeschafft, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist millionenfach passiert, dass viele Unternehmen Vollzeitverhältnisse in mehrere Minijobs aufgesplittet haben. Manch einer fragt da möglicherweise: „Warum, die Lohnkosten sind doch dann dieselben?“. Das ist schon richtig, aber bei den Lohnnebenkosten haben die Unternehmen dadurch viel Geld gespart. Geld, das in den Sozialkassen fehlt und bei Minijobbern, die im Arbeitsleben schon schlecht verdienen, hinterher auch noch zu Altersarmut führt, weil auch die Leistungen aus der Rentenkasse entsprechend niedriger sind.

Die Flexibilisierung bei der Leiharbeit war ein großer politischer Fehler, den rot-grün 2004 gemacht hat. Genossinnen und Genossen, ich mache nicht den Versuch, das zu leugnen, die Leute würden uns eh nicht glauben. Aber ich sage auch ganz klar: ich halte es nicht für eine Schwäche, sondern für eine Stärke, zu seinen Fehlern zu stehen. Als rot-grün die Regelungen bei der Leiharbeit lockerte, hatte man die Hoffnung, viele Leiharbeiter könnten in den Betrieben, in denen sie eingesetzt werden, eine Festanstellung finden, wenn sie sich „bewährt“ haben.

Aber ich frage alle, die uns vorwerfen, wir seien an der Misere der Leiharbeitnehmer die einzig Schuldigen: Wer hätte denn sich 2004 ernsthaft vorstellen können, dass soviele Unternehmen das Instrument der Leiharbeit so kaltschnäuzig und schamlos ausnutzen, wie das heute überall der Fall ist?! Man wollte den Unternehmen ein Instrument an die Hand geben, flexibel auf Auftragsspitzen reagieren zu können ohne fest Personal einstellen zu müssen, das später wieder entlassen werden hätte müssen. Und was ist passiert? Von Auftragsspitzen wollte niemand mehr in den Unternehmensvorständen etwas wissen, sie haben erkannt, dass man damit Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten in großem Umfang senken kann, wenn man dauerhaft Leiharbeiter einstellt.

Und weil auch in der Wirtschaft jegliche Ethik und Moral abhanden gekommen ist und die Manager nur noch durch Skrupellosigkeit auffallen, ging das ganze dann sogar soweit, dass viele Unternehmen einen Teil ihrer Stammbesetzung entließen, eine konzerninterne Personal-Service-Agentur gründeten, die Leute dort anstellten über dann konzernintern wieder an ihren angestammten Arbeitsplatz ausliehen, allerdings halt zu deutlich niedrigeren Löhnen.

Ich sage ganz ehrlich, ich weiß nicht, ob ich als damaliger Arbeitsminister die Skrupellosigkeit und die Maßlosigkeit der Unternehmensvorstände richtig eingeschätzt hätte. Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es wäre nicht verkehrt und sogar sehr glaubwürdig, wenn die SPD-Spitze den Wählern offen und ehrlich sagen würde, dass man beim besten Willen dieses Ausmaß an Schamlosigkeit in den Unternehmen nicht vermutet hatte, als man damals die Änderungen bei der Leiharbeit umsetzte.

Und es wäre glaub ich mehr als respektabel, wenn wir hergehen und sagen würden: „Damit hätten wir nicht gerechnet und weil die Unternehmen in ihrer Gier nach immer noch mehr Profit keine Grenzen mehr zu kennen scheinen, werden wir ihnen wieder Grenzen setzen und bei der Leiharbeit die Regelungen wieder in Kraft bringen, die vor 2004 gegolten haben. Schluss, aus, basta. Das haben sich die Unternehmen selber zuzuschreiben!“

Liebe Genossinnen und Genossen,



wenn wir darüber diskutieren, wie wir für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sorgen wollen, dann gehört zwangsläufig auch dazu, dass wir uns festlegen, wohin die Reise bei der gesetzlichen Rente geht. Dazu wird der Bundesparteitag im Dezember hoffentlich die richtigen Entscheidungen treffen. Wir Jusos haben uns bereits im Mai auf unserer Landeskonferenz in Bamberg sehr klar dazu positioniert. Wir stehen zum Generationenvertrag und wollen die umlagefinanzierte Rente beibehalten. Wir sagen allerdings Nein zur Rente mit 67, weil diese das Leben für viele Menschen stark verschlechtert. Sie ist de facto ein Renten Kürzungsprogramm, weil die Abschläge bei Frühverrentung immer größer werden, je weiter man das gesetzliche Renteneintrittsalter hinausschiebt.

Uns stört daran besonders, dass vor allem diejenigen sehr stark betroffen sind, die aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen müssen. Wenn man mal schaut, wie die Realität aussieht, dann stellt man fest, dass nur etwa ein Zehntel der derzeit Erwerbstätigen überhaupt bis zum heutigen Renteneintrittsalter von 65 Jahre durchhält. Alle anderen sind irgendwann körperlich oder geistig so fertig, dass sie nicht mehr bis 65 arbeiten können, sie werden bisher schon mit hohen Abschlägen bestraft und mit der Rente mit 67 haben sie dann noch mehr Einbußen. Ich sage ganz klar: das ist inakzeptabel und einer der größten Wirtschaftsnationen auf dieser Welt nicht würdig! Wer ein Leben lang gearbeitet hat, so gut und so lang es eben ging, der muss auch künftig abschlagsfrei in Rente gehen können dürfen!

Wir brauchen flexible Wege in die Rente, das Altersteilzeitgesetz, welches vor kurzem ausgelaufen ist, war dazu ein gutes Instrument. Es sollte neu aufgelegt werden. Wir Jusos fordern zudem, dass die hohen Zugangshürden für die Erwerbsminderungsrenten gesenkt werden, damit diejenigen, die nicht mehr 100% erwerbsfähig sind, kürzer treten können und dafür eine Teilrente beziehen können. Wir sprechen uns zudem für eine gesetzliche Berufsunfähigkeitsversicherung aus.

Wir wollen, dass auch künftig das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 65 Jahren liegt, wir wollen aber auch, dass in Zukunft deutlich mehr Beschäftigte als heute diese Altersgrenze auch erreichen. Dazu ist vor allem in den Unternehmen ein gravierender Umdenkprozess nötig. Die Arbeitgeber werden dafür Investitionen bereitstellen müssen z.B. für altersgerechte Arbeitsplätze, Fortbildungen, neue Arbeitsmittel und auch für Gesundheitsangebote. Solche Angebote gibt es derzeit nur in etwa 17% der Unternehmen.

Entscheidend wird in Zukunft glaube ich deswegen nicht sein, wie lange wir arbeiten, sondern WIE wir arbeiten. Im Arbeitsleben haben Leistungsverdichtung und Leistungsdruck bei den Arbeitnehmern massiv zugenommen, deswegen kommt heute auch kaum einer an die 65-er-Altersgrenze heran. Die Politik wird in Zukunft mit der Wirtschaft auch darüber zu verhandeln haben, wie die vorhandene Arbeit besser verteilt werden kann. Viele Gewerkschaften fordern aus diesem Grund auch, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen. Wir Sozialdemokraten sollten sie dabei unterstützen!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, die SPD muss es zum politischen Ziel erklären, dass die gesetzliche Rente künftig wieder armutsfest und lebensstandardsichernd sein – denn das ist sie gegenwärtig nicht mehr. Weil viele Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen stecken, setzt sich ihre Misere auch im Alter fort: Ihre Rentenansprüche liegen unter dem Grundsicherungsniveau von 359,- Euro. Das kann so auf keinen Fall bleiben. Deswegen wollen Jusos, AfA, 60plus und AsF eine sogenannte Rente nach Mindesteinkommen (kurz: Mindestrente), die es in Deutschland für Beiträge bis zum 31.12.1991 schon einmal gegeben hat. Bei dieser Mindestrente werden Beitragszeiten mit geringen Zahlungen an die Rentenkasse (also aufgrund von Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung, Erziehung und Pflege) mittels sogenannten Mindestentgeltpunkten höher bewertet, um höhere Rentenansprüche über dem Grundsicherungsniveau zu erzielen.

Wir Jusos fordern, dass die durch Riester und den Nachhaltigkeitsfaktor beschlossene Absenkung des Rentenniveaus von vormals 53% im Jahr 2004 auf künftig 43% im Jahr 2030 wieder rückgängig gemacht wird. Das Rentenniveau muss wieder mindestens bei 53% des Brutto-Monatsdurchschnittseinkommens eines Arbeitnehmers liegen, damit die Rente einigermaßen den Lebensstandard sichern kann. Damit würde auch die Riesterreente hinfällig werden, weil die nur



deswegen eingeführt worden ist, damit jeder freiwillig die Möglichkeit hat, die Absenkung des Rentenniveaus zu kompensieren. Wir halten es für schwachsinnig, Rentenversicherungspolice der Versicherungskonzerne steuerlich zu subventionieren. Die Riesterrente ist nicht besser als die gesetzliche Rente. Verteilt werden kann im einen System wie im anderen immer nur das, was vorher auch erwirtschaftet wurde. Für bestehende Riesterverträge wollen wir selbstverständlich einen Bestandsschutz.

Die freiwerdenden Steuermittel könnten z.B. verwendet werden, um die vorhin erwähnte Mindestrente zu bezuschussen. Außerdem halten wir Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung für richtig. Man muss doch eines ganz klar sagen: Wer heute riestert, zahlt 19,9% Beitrag in die gesetzliche Rente und 4% Beitrag in den Riestervertrag. Wenn der Rentenbeitrag in Zukunft auf 22 oder 23% steigt, dann ist es für die Versicherten sogar noch günstiger als heute mit Riester, denn den Rentenbeitragssatz teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die 4% Riester-Aufschlag muss aber jeder Arbeitnehmer alleine finanzieren. Die Beitragserhöhung wäre dann gerechtfertigt, wenn damit das Rentenniveau wieder auf 53% oder darüber angehoben würde.

Außerdem wollen wir die gesetzliche Rente weiterentwickeln zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die genau wie bei der Bürgerversicherung, alle einzahlen: Beamte, Lehrer, Arbeitnehmer, Selbstständige und Freiberufler. Es geht darum, die anfallenden Lasten gerecht auf alle Schultern zu verteilen. Und wer breitere Schultern hat, der soll im Sinne einer solidarischen Gesellschaft auch etwas mehr Lasten tragen, als die Schwächeren. Das ist nur gerecht!

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr seht, die SPD hat zu den drängenden Themen der Zeit viel zu sagen und wir haben viele gute Ideen, die dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit in unserem Land wieder herzustellen. Vieles hängt einzig und allein davon ab, inwieweit die SPD den Mut hat, die herrschenden Verhältnisse offen und ehrlich zu thematisieren und inwiefern sie bereit ist, die vielfach auftretenden Gerechtigkeitslücken zu schließen. Denn außer uns ist dazu sonst keine andere politische Partei in der Lage.

Wir Sozialdemokraten haben das Herz am rechten Fleck, wir sollten uns trauen, das den Menschen im Land auch wieder selbstbewusst zu sagen und wir sollten uns zutrauen, gesellschaftliche Missstände entschlossen zu beseitigen.

Euch allen ein herzliches Glück Auf!